

MEYSEMBURG

Krieg den Hütten, Friede den Palästen



Sonnenuntergang,
Parkuntergang ...

(Foto: woxx)

**Landschaft für Reiche,
so beschreiben
KritikerInnen das Projekt
zur Umgestaltung
der Parklandschaft
Meysemburg.
Der Ball liegt jetzt
beim Innenminister.**

(RK) - Man schrieb das Jahr 1847. Im Dörfchen Meysemburg packten die letzten EinwohnerInnen ihre Habseligkeiten zusammen für die große Fahrt über den Atlantik. Die Ursache für diese frühe Auswanderungswelle: der Gutsherr Johann Franz Reuter. "Nach dem Motto 'Krieg den Hütten, Friede den Palästen' ging er zugleich gewitzt und skrupellos gegen die Dorfbewohner vor: Alte Wege und Zutritte zu vereinzelt Parzellen wurden geschlossen, Gelddarlehen mit Wucherzins wurden angeboten. Bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner erfolgten Beschlagnahme von Hab und Gut", beschreibt der Mouvement écologique die Begebenheit.

Schatten der Vergangenheit

Dass sich die Umweltorganisation mit dieser Landvertreibung beschäftigt, liegt daran, dass jetzt, 150 Jahre danach, die Existenz dieses Dorfes angeführt wird, um eine Art Landnahme zu rechtfertigen. In Meysemburg, mit Ausnahme des Schlosses unbewohnt, soll eine Siedlung mit Luxuswohnungen sowie ein Golfplatz entstehen. Was auf den ersten Blick wie eine Rückkehr zum Ursprung aussieht, kann auch als eine Wiederholung des gleichen Szenarios betrachtet werden. Es sind ja nicht arme Bauernfamilien, die nach Meysemburg zurückkehren sollen, sondern Gutverdienende auf der Suche nach der exklusiven Privatdomäne im Grünen. Heute wie damals gelte "déi schéinste Landschaft fir Leit mat Suen", schreibt der Mouvement.

Johann Franz Reuter konnte seinerzeit wenig von den "gesäu-

berten" Liegenschaften profitieren - 1855 musste er Meysemburg aus Geldgründen verkaufen. Der Käufer, Prinz Karl von Arenberg, verwandelte die Ländereien in einen Landschaftspark. "Die zahlreichen Alleen, Baumgruppen, Kutschenwege, Fußpromenaden und der Spiegelweiher, die er bis zum Ende des 19. Jahrhunderts anlegen ließ, bilden die eigentliche Grundstruktur des bis heute erhaltenen Parks", so der Mouvement-Pressetext. Es handle sich um eine einmalige Kulturlandschaft, in der "pleasure-grounds" (parc d'agrément), landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Flächen harmonisch ineinander griffen. Dies alles solle nun auf dem "Altar der Partikularinteressen und des Profits" geopfert werden.

Bereits Ende der 80er Jahre hatte es ein solches Projekt gegeben. Damals waren sowohl das Innenministerium als auch die Gemeinde Larochette einverstanden mit den Plänen für eine Golfanlage nebst Privatvillen. In einer seiner letzten Amtshandlungen hatte Umweltminister Robert Krieps 1989 dann allerdings die Genehmigung verweigert.

"Bisher haben wir im Larochetter Gemeinderat nur die Pläne von 1989 zu sehen bekommen. Das neue Projekt soll sehr ähnlich sein", berichtet Carine Gratia, seit 1993 Gemeinderätin, der woxx. Sie habe sich als einzige klar gegen das Projekt ausgesprochen. "Das Anlegen eines Golfplatzes wird die Landschaft völlig verändern. Hinzu kommen der Wasserverbrauch und die Pestizide." "Eine Golfanlage ist nicht schädlicher als die jetzt dort betriebene intensive Landwirtschaft", hält der Bürgermeister von Larochette, Pierre Wies, im Gespräch mit der woxx dagegen. Es werde darauf geachtet, dass die Eigenart des Areals erhalten bleibe. "Wir sind keine Landschaftsschänder. Aber derzeit werden weder der Park noch die Gebäude richtig unterhalten, das ist auch nicht schön." Es sei sogar schon ein wertvoller Trockenrasen zerstört worden, doch dagegen habe keine Umweltorganisation mobilisiert.

Nach Meinung des Bürgermeisters hat der Mouvement zu schnell geschossen. Noch habe niemand Pläne gesehen, und der Initiator des Projekts habe versichert, es sei sehr verschieden von der 89er Vorlage. Das sieht Carine Gratia anders: "Auch wenn ein anderer Typ Gebäude

geplant ist, die Siedlung ist am gleichen Ort vorgesehen." Das sei übrigens ganz woanders als das frühere Dorf, das als Rechtfertigung erhalten müsse. "Innenminister Wolter ermahnt die Gemeinden immer wieder, dichter zu bauen. Wenn er diese Luxuswohnungen mitten im Grünen genehmigt, verliert er jede Glaubwürdigkeit."

Zahltag

Schließlich bringe das Projekt, so Carine Gratia, der Gemeinde vor allem infrastrukturelle Unkosten. Ihr Gegenvorschlag: Das Schloss nutzen, zum Beispiel als "Hôtel de charme", und die Parklandschaft erhalten und pflegen. Die einzigartige Anlage könnte zu einer regionalen Attraktion werden und Arbeitsplätze schaffen. Das würde allerdings eine finanzielle Beteiligung des Staates voraussetzen.

Pierre Wies glaubt nicht an diese Möglichkeit: "Der Staat hat nie ein Interesse bekundet, die Ländereien aufzukaufen. In diesen schwierigen Zeiten ist das eine hypothetische Lösung." Am öffentlichen Zugang zur Gegend um Meysemburg werde sich durch das neue Projekt nichts ändern - die Zugangsstraßen seien sowieso "domaine public" und der Rest schon jetzt in Privatland.

Obwohl seit der Pressekonferenz des Mouvement écologique vorige Woche bereits zwei Questions parlementaires gestellt wurden, war es nicht möglich, eine Stellungnahme seitens des Innenministeriums zu bekommen. Michel Wolter obliegt es, den Bebauungsplan der Gemeinde Larochette zu genehmigen oder Änderungsvorschläge zu machen. Nach Informationen der woxx ist das betroffene Areal sowohl im neuen, von der Gemeinde eingereichten, aber noch nicht rechtskräftigen Bebauungsplan, als auch im alten von 1985 als Grünzone einklassiert. Um das Golfprojekt zu ermöglichen, müsste der Minister also entscheiden, dass der Plan abzuändern sei. Das aber widerspreche dem Prinzip der "continuité de l'Etat", so der LSAP-Abgeordnete Alex Bodry, Autor einer Question parlementaire, gegenüber der woxx. Eine einmal getroffene ablehnende Entscheidung dürfe, falls keine neuen Elemente vorlägen, nicht gekippt werden.

Für Carine Gratia ist allein schon die öffentliche Aufmerksamkeit, die das Golfprojekt auf sich gezogen hat, ein Erfolg: "Sie hatten gehofft, sie würden es stillschweigend durchbekommen." Pierre Wies winkt ab: "Das ist keine Nacht- und Nebelaktion. Die ganze Aufregung ist übertrieben. Das Projekt befindet sich in einem sehr frühen Stadium, wo noch viele Abänderungen und Einsprüche möglich sind."

kommentar

Solidarität ist gefragt

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit trägt die gesamte Gesellschaft Verantwortung. Das Gesetzprojekt "Soziale Arbeitslosigkeit" ist ein Heftpflaster am Holzbein.

Arbeit bedeutet Existenzgrundlage und davon ausgehend Anspruch auf alle Leistungen des Sozial- und Arbeitsrechts. Arbeit verhindert schlicht und einfach Ausgrenzung. Arbeitslosigkeit ist und bleibt daher ein Thema für den OGBL und wurde bei der Sozialrentrée als erste Priorität genannt.

Die Arbeitslosigkeit in Luxemburg steigt, wohl nicht spektakulär, aber stetig, und betrifft alle. Sie hat alle Bereiche der Privatwirtschaft erfasst, und so breiten sich Angst und Unsicherheit aus. Dabei ist Arbeitslosigkeit eine generelle Gefahr und braucht als globale Antwort darauf eine offensive Aktion. Das Tripartite-Gesetz von 1977 ist eine solche. Vollbeschäftigung ist eines der Menschenrechte, für das die gesamte Gesellschaft die Verantwortung trägt. Das Recht auf Arbeit kann durch eine Vielfalt an verschiedenen gesetzlichen und kollektivvertraglichen Maßnahmen realisiert werden. Alle Akteure sind gefordert: die Politik, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und jeder Einzelne. Solidarität ist gefragt.

Die vom OGBL geschaffene Beschäftigungsinitiative "Objectif Plein Emploi", die heute fast 800 Menschen eine Arbeit bietet, ist eine Übergangslösung und muss als zusätzlicher Pfeiler wirtschaftlicher Aktivität in die Solidarwirtschaft münden. Das Gesetzprojekt "Soziale Arbeitslosigkeit" ist ein Heftpflaster am Holzbein.

Gerade jetzt gilt es Maßnahmen zu treffen, die ein Abrutschen in große Arbeitslosigkeit verhindern. Darum ist die Arbeitszeitverkürzung ein Thema. Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum hängen zusammen, ebenso sind Schul- und Berufsausbildung von größter Bedeutung, außerdem die Einhaltung der einschlägigen Gesetzgebung gegen Überstunden, progressiven Vorruhestand, Abbau jener Leiharbeit, die Stamarbeitsplätze ersetzt. Leistungsabbau als Druckmittel gegen Arbeitslosigkeit lehnt der OGBL dagegen prinzipiell ab, weil er unsozial und unwirksam ist. Luxemburg muss sich auf seine Zukunft vorbereiten. Der OGBL fordert dies seit seinem 1994er-Kongress.

Wirtschaftswachstum durch die Ansiedlung neuer Betriebe muss aber auch eine ökologische Komponente haben. Im Sinne von Arbeitsplatzertretung und -schaffung muss zudem mehr denn je den 105.000 Grenzgängern Rechnung getragen werden. Sie sind morgen vielleicht schon Leistungsempfänger im Falle von Arbeitslosigkeit, ein hoher, aber gerechter Preis, den wir bezahlen müssen, falls wir in der Frage der Arbeitslosigkeit defensiv statt offensiv sein sollten.

John Castegnaro ist Präsident des OGBL.

Lebenslänglich für LehrerInnen

Was macht eine gute Lehrerin aus? Wie ist Lehren und Lernen heutzutage zu verstehen? Und ist der luxemburgische Lehrer darauf auch wirklich vorbereitet? Die woxx geht im nächsten Dossier auf Bildungs- Spurensuche.

Heimlich, still und leise

Montag: Redaktionsbesprechung zur Seitengestaltung der woxx. Die Mitglieder der Aktuell-Redaktion brüten über einem neuen Konzept für die Seiten 2 und 3. Da wird diskutiert und geschnippelt, was das Zeug hält, Konzepte werden ent- und wieder verworfen, bis endlich eine mehr oder weniger klare Linie entsteht. Die aber impliziert: mehr Fotos, mehr Flexibilität beim Layout, kurz: mehr Input. Schon meldet sich eine skeptische Stimme: "Schaffen wir das denn jede Woche?" Und eine andere antwortet, schicksalsgeprüft: "Besser nicht zu laut ankündigen, dass wir was Neues vorhaben, dann fällt's nicht auf, wenn wir's mal nicht hinkriegen." "Also wie?" meldet sich eine dritte Stimme: "Wir machen ganz was Neues, aber so, dass es niemand merkt?" Ähm, ja, so ungefähr. Liebe Leserin, lieber Leser: Es könnte eventuell durchaus sein, dass Sie auf Seite 2 unter Umständen was Neues entdecken. Aber freuen Sie sich nicht zu früh. Und falls nächste Woche wieder alles beim Alten sein sollte - vergessen Sie, dass sich je was geändert hatte.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespuon - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danièle.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Corinne Saghuber (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 12.30 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxembourg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 65 € (Ausland zzgl. 26 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 25 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam Gréngespuon asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79